

Parlamentsreport Süd-West

Nachrichten der Abgeordneten aus Steglitz-Zehlendorf
aus dem Abgeordnetenhaus von Berlin

Plenarsitzung vom 06.06.2019

CDU Fraktion Berlin

Die letzte Plenarsitzung vor der Sommerpause begann gleich mit einem Paukenschlag.

Berliner Senatoren müssen an Sitzungen des Abgeordnetenhauses teilnehmen. Für die Sitzung am 06.06.2019 hatten sich neben dem Regierenden Bürgermeister, zunächst noch die Bildungsministerin und die Gesundheitsministerin entschuldigen lassen. Als sich dann noch der **Justizsenator** abmelden wollte, platzte so manchem Parlamentarier der Kragen. Justizsenator Dirk Behrendt wurde vom Regierenden am Vortag das Fernbleiben nicht gestattet. Jedoch zu Beginn der Sitzung um 10 Uhr fehlte der Senator.

Unser Fraktionsvorsitzender Burkard Dregger stellte gemäß Geschäftsordnung den Antrag, den Senator ins Haus herbeirufen zu lassen und die Sitzung bis dahin zu unterbrechen. Mit 39 Minuten Verspätung traf der Senator der Grünen dann im Saal ein und verwies auf einen Autobahnstau, in dem er mit seinem Dienstwagen (!) steckengeblieben sei.

Parlamentarische Sacharbeit funktioniert nicht ohne die Anwesenheit der Exekutive. Für uns ist es eine Frage des Respektes vor dem Parlament und seiner Arbeitsfähigkeit, dass die Regeln beachtet werden.

[Antrag auf Herbeirufung des Justizsenators](#)

Im Abgeordnetenhaus von Berlin ist Steglitz-Zehlendorf mit insgesamt fünf CDU-Abgeordneten vertreten.



Oliver Friederici

Sprecher für Verkehr und Landwirtschaft

Christian Goiny

Sprecher für Haushalt und Medien

Adrian Grasse

Sprecher für Forschung

Cornelia Seibeld

Sprecherin für Integration und Kirchen

Stephan Standfuß

Sprecher für Sport

Im Parlamentsreport berichten wir aus der Plenarsitzung über die aktuellen Themen, die für die Menschen im Bezirk Steglitz-Zehlendorf relevant sind.

Im Text finden Sie anklickbare Links. Mit einem Klick auf die Nummer der Drucksache gelangen Sie in das Dokumentensystem des Berliner Parlamentes und direkt auf Anträge, Beschlussvorlagen und ähnliches. Ein Klick auf den Videolink leitet sie auf die Webseite des rbb und dort auf den entsprechenden Redenbeitrag.

Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldungen, schreiben Sie uns. Kontaktmöglichkeiten finden Sie am Ende des Parlamentsre-

Aktuelle Stunde

Infrastruktur und Verkehr

Oliver Friederici, verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

Berlin wächst. Es wächst die Bevölkerung, die Wirtschaft, der Verkehr und damit vor allem unser aller Wohlstand. Und die CDU-Fraktion freut sich darüber. Die Attitüde von rot-rot-grün gegenüber dem Wachstum der Stadt ist geprägt von Argwohn und Verzagttheit und wenn die Ideologie ins Spiel kommt sogar von Feindschaft. Der Senat betreibt Umverteilungspolitik. Damit wird Berlin für Investoren aber unattraktiv. Beispiele: der der nicht in Angriff genommene Dachgeschossausbau, die nicht angefasste Hochhausplanung, die immer noch fehlenden Züge für S-Bahn und BVG und der noch immer nicht in Angriff genommene Ausbau des S- und U-Bahnnetzes. Für eine wachsende Stadt ist das ein unhaltbarer Zustand. Die rot-rot-grüne-Infrastrukturbilanz ist eine Katastrophe für die wachsende Stadt Berlin.



Berlin kann und will mehr als Bio-Feuerwerk und Holzdreirad, Zwangsbeglückungen mit künftigen, verpflichtenden Nahverkehrstickets, wenn man Auto fahren muss oder möchte. Berlin will mehr als einen linken, zerstrittenen Senat, der sich in klimatisierten, steuerfinanzierten Dienstwagen chauffieren lässt und dabei die Menschen der Stadt aufs Fahrrad zwingen will

[Das Video mit dem Redebeitrag auf rbb-online.](#)

Antrag Drucksache [18/1947](#)

Entgeltordnungen der Berliner Flughäfen differenzierter und ökologischer gestalten

Der Antrag von rot-rot-grün möchte die Emissionen des Luftverkehrs über die Gebührenordnung der Berliner Flughäfen bepreisen. Lautes Fliegen verteuern, leises Fliegen verbilligen, darum geht es – aber das hat die Berliner Flughafengesellschaft bereits letzte Woche angekündigt. Der Antrag der Koalition kommt mithin schon mal zu spät.

Wir wollen einen starken und international angebundenen Luftverkehrsstandort haben, weil Berlin die dadurch verbesserte Wirtschaftskraft braucht. Wir brauchen die Internationalität der Stadt.

Deswegen brauchen wir einen Flughafen, der maximalen Lärmschutz hat und deswegen wollen wir das Fliegen nicht erschweren, sondern unter den gegebenen Rahmenbedingungen möglich machen.

Anträge - Drucksache [18/1370](#) und [18/1371](#)

Die Berliner Feuerwehr zukunftsfähig machen (I+II)

Berlins Feuerwehr sichert als zentraler Bestandteil der Verwaltung unsere Infrastruktur und schützt das Leben der Berlinerinnen und Berliner. Die Männer und Frauen in der Feuerwehr verdienen nicht nur unseren Respekt und unsere Anerkennung sondern auch Dank. Und sie brauchen angemessene Ausrüstung und Arbeitsbedingungen – woran in Teilen großer Mangel besteht.

Die CDU-Fraktion will mit zwei Anträgen die Situation der Feuerwehr deutlich verbessern. Und gerade weil die kleinen Schritte des Innensenators so planlos ausfallen, ist es wichtig, dass die Zukunftsfähigkeit der Feuerwehr endlich konzeptionell hergestellt wird. Wir müssen Klarheit haben, welche Aufgaben und Ziele in einer wachsenden Stadt für die Feu-

erwehr der nächsten 25 Jahre gelten werden. Wir brauchen ein Qualitätsmanagement bei der Feuerwehr genauso wie die Wiederherstellung des Respektes vor Rettungskräften.

Es kann nicht weiter so bleiben, dass mangels Fahrzeugen eine Drehleiter zu einem Verletzten-Einsatz geschickt wird. Oder dass neue Fahrzeuge so billig eingekauft werden, dass sie beim Zufahren auf die Rettungsgasse automatisch eine Vollbremsung machen oder anstatt die Mittellinie unter sich zu halten automatisch auf eine der blockierten Spuren zusteuern.

Wir brauchen eine Initiative, damit die Attraktivität des Dienstes in der Feuerwehr gewährleistet wird, nur dann gewinnen wir qualifizierbaren Nachwuchs. Dazu gehören Verbesserungen bei der Betreuung von traumatisiertem Personal und andere Gesundheitsleistungen. Dienstpläne müssen so gestaltet werden, dass alleinerziehende Feuerwehrleute auch in der Kinderbetreuung nicht auf sich alleine gestellt sind, denn dann sind sie oft genug nicht einsatzfähig. Und ganz einfach: die Besoldung muss stimmen.

Wir stellen die Kritikpunkte in den Raum, der Senat muss hier endlich handeln. Bezeichnend ist, dass der Antrag zur Umsetzung kurzfristiger Maßnahmen für das Jahr 2018 in 2019 noch immer nicht abgestimmt geschweige denn umgesetzt ist. Berlin kann es sich nicht leisten, dass ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge nicht funktionsfähig ist, weil der Senat eine falsche Prioritätensetzung verfolgt.

Antrag - Drucksache [18/1527](#)

Neue Stadtqualität für den Breitenbachplatz

Die Autobahnbrücke über den Breitenbachplatz muss endlich weg. Bisher wirkt die Verkehrsinsel leider ungepflegt, ist ohne Leben. Mit dem Abriss wäre die Chance auf eine attraktive Neugestaltung eröffnet. Die Berliner haben lange genug Beton ertragen, jetzt kann der Breitenbachplatz endlich zu einem

Wohlfühlort werden. Die eigentlich geplante Sanierung der Überquerung des Breitenbachplatzes ist keine Alternative. Wir wollen, dass der Senat dem Abgeordnetenhaus eine Machbarkeitsuntersuchung vorlegt, die städtebauliche Gesichtspunkte sowie eine Prognose zu den verkehrlichen Auswirkungen eines Brückenrückbaus beinhaltet.

Endlich ist eine Entscheidung gefallen. Das Abgeordnetenhaus folgte unserem Antrag und den einstimmigen Empfehlungen der beiden Bezirksverordnetenversammlungen von Steglitz-Zehlendorf und Charlottenburg-Wilmersdorf. Der rot-rot-grüne Senat ist jetzt aufgefordert, schnell zu handeln und eine Umgestaltung des Breitenbachplatzes nicht unnötig zu verzögern. Wir mussten schon zu oft erleben, wie die Selbstblockade der Koalition eine zukunftsgerichtete Stadtentwicklung verhindert.

Und die Presse berichtet: [Berliner Morgenpost: Abgeordnetenhaus stellt Weichen für den Abriss der Brücke \(Zugriff nur mit Registrierung\)](#)

Antrag - Drucksache [18/1776](#)

Deckel drauf: Infrastrukturflächen mehrfach nutzen

Es ist absurd, in einer wachsenden Stadt immerzu ganz generell einen Rückbau von Straßen zu fordern. Der Vorschlag von Rot-Grün im Bezirk Tempelhof-Schöneberg, die Westtangente der A 103 mit nur noch vier Fahrspuren in eine Stau-Tangente zu verwandeln, lehnen wir ab. Dies wäre womöglich auch ein teurer Schildbürgerstreich, da unklar ist, wer den Umbau der ehemaligen Bundesstraße bezahlt und ob Berlin das dann finanziell überhaupt stemmen könnte.

Dagegen gehen Überlegungen einer Deckelung in die richtige Richtung. Hier wollen wir die von uns gerade erst initiierte Machbarkeitsstudie für den Teilabschnitt der A 100 am Dreieck Funkturm abwarten. Daraus könnten sich neue spannende städtebauliche Perspektiven entwickeln.

Antrag - Drucksache [18/1898](#)

Baumbestand in Berlin stabil halten

Bäume im Stadtbild gehören untrennbar zur Identität der Großstadt Berlin. Doch fallen jedes Jahr mehr Bäume weg als ersetzt werden. Auf mehr als 5.000 Fällungen im Jahr 2016 kamen nur 1.800 Ergänzungen. Wir wollen, dass so neu- und nachgepflanzt wird, dass der Baumbestand nicht dauerhaft abnimmt. In unserem Antrag fordern wir den Senat auf, dies endlich zu tun.

Antrag - Drucksache [18/1936](#)

Qualität der Integrationskurse überprüfen – Evaluation der aktuellen Angebote notwendig

Neuzugewanderte und bereits länger in Deutschland lebende Ausländer sind berechtigt bzw. dazu verpflichtet, an Sprach- und Integrationskursen in Deutschland teilzunehmen. Dazu gehört beispielsweise auch ein Orientierungskurs zur Rechts- und Gesellschaftsordnung. Doch der Erfolg dieser Kurse ist fraglich. Bundesweit soll fast die Hälfte der Teilnehmer bei dem Deutschtest am Ende durchfallen.

Der Senat weiß nichts über die Situation der Kurse in Berlin, das hat er in einer Antwort auf eine Anfrage mitgeteilt, er sei nicht zuständig. Aber erfolgreiche Integration passiert vor Ort und ist somit auch Sache Berlins. Aus diesem Grund ist eine Evaluation der Integrationskurse bei uns notwendig, um deren Qualität sicherzustellen.

Antrag – Drucksache [18/1957](#)

Gesetz zur Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung

Christian Goiny

Sprecher für Haushalt und Medien



Nachdem wir in Deutschland viele Jahre geglaubt haben, das Schulden machen nichts kostet, haben wir in der Folge schwere Finanzkrisen bewältigen müssen. Deswegen hat auch die CDU-Fraktion sich für eine Schuldenbremse ausgesprochen und ist ebenfalls dafür, dass wir eine solche in die Landesverfassung Berlins aufnehmen.

[Video mit Redebeitrag auf rbb-online.](#)

Weitere Anträge und Beschlussvorlagen

Forschen, Lehren und Studieren 4.0 – Digitalisierung der Berliner Hochschul- und Forschungslandschaft vorantreiben

Drucksache [18/1938](#)

Masterplan Wohnen VII – „Berliner Mietergeld“ einführen

Antrag - Drucksache [18/1901](#)

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Änderung dienstrechtlicher und haushaltsrechtlicher Vorschriften

Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache [18/1929](#)

Angebote für Pendler zwischen Berlin und Brandenburg bedarfsgerecht, komfortabel und umweltfreundlich ausbauen

Antrag - Drucksache [18/0870](#)

Tausende Eltern ohne Betreuungsmöglichkeit für ihre Kleinkinder – Maßnahmenpaket für mehr Plätze!

Antrag - Drucksache [18/1066](#)

Anpassung der Verkehrsstrategie – gegen Fahrverbote und für einen besseren Verkehrsfluss

Antrag - Drucksache [18/1887](#)

Masterplan für das ehemalige Restaurant Lido im Strandbad Wannsee

Drucksache [18/1951](#)

[Das Beschlussprotokoll der Plenarsitzung ist auf der Webseite des Abgeordnetenhauses einsehbar.](#)

Impressum / ViSdP: Die Mitglieder des Abgeordnetenhauses

Oliver Friederici, Christian Goiny, Adrian Grasse, Cornelia Seibeld, Stephan Standfuß.

Steglitz: Bürgerbüro, Hindenburgdamm 80, 12203 Berlin,
030 844 17174, buengerbuero.hindenburgdamm@gmail.com

Zehlendorf: Bürgerbüro, Onkel-Tom-Straße 1, 14169 Berlin
030 / 407 256 44, kontakt@starkes-zehlendorf.de